

„Generationensolidarität. Zur Genealogie eines ostdeutschen (Nachwende)Phänomens – Ein Beitrag zur Aufarbeitungsdebatte“

Vorbemerkung:

„Die notwendige innere Einheit der Deutschen wird in dem Maße wachsen, wie die Geschichte der Ostdeutschen in das kollektive Selbstbild der Deutschen insgesamt integriert wird. Vorher werden wir diese innere Einheit nicht haben“¹ Diese Worte klangen bereits 2006 präsidential, abwägend und klug. Allerdings fielen sie in dem letzten größeren Streit darüber, wie die Geschichte der Ostdeutschen überhaupt zu erzählen sei und vor allem durch wen. In der Reflexion dieses Streites machte u.a. Annette Leo auf ein nicht unwichtiges Problem aufmerksam. Dieses bestehe darin, dass die Mehrheit der ehemaligen Bewohner des Landes DDR sich mit ihren Erfahrungen nur unter Schwierigkeiten in den über dieses Land erzählten Opfer- und Tätergeschichten wiederfinden können.² Was folgt daraus? Sind die Betroffenen selber schuld und müssen an sich arbeiten? Andererseits, für wen schreibt man dann überhaupt die Geschichte Ostdeutschlands, wenn zugleich die Ostdeutschen mehrheitlich aus ihr herauszufallen drohen?

Diese Debatte wurde zuletzt 2006 geführt. Die deutsche Nachkriegsgeschichte scheint heute noch mehr als damals abgeschlossen zu sein. Der Streit darum, wo das bessere Deutschland liegt ist entschieden, und um den Platz der DDR in der deutschen Geschichte wird bestenfalls noch halbherzig gestritten. Inzwischen hat bereits die „Aufarbeitung der Aufarbeitung“ eingesetzt. Augenfällig derzeit z.B. in einer Enquetekommission des Brandenburger Landtages³. Doch diese >>zweite<< Aufarbeitung ist nichts Eigenständiges, in ihr werden die offenen Fragen der >>ersten<< weiter behandelt. Dies geschieht jedoch oft über die Bande ganz zeitgemäßer

¹ Joachim Gauck: Öffentliche Anhörung vom 06.06.2006; in: Martin Sabrow u.a.: Wohin treibt die DDR-Erinnerung. Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007, S. 77.

² Annette Leo: Die DDR im Museum. Geteilte Erinnerungen an einen untergegangenen Staat. (<http://bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43810/die-ddr-im-museum?p=all>).

³ Vgl. Thomas Schubert: Von der Epoché der Zeithistorikers. Bemerkungen zur >>Aufarbeitung der Ausarbeitung<<; in: Deutschland Archiv, Jg. 43 (2010), Nr. 5, S. 889-896.

politischer Interessen. Das ist zwar nicht verwunderlich, erschwert aber zusätzlich das über Geschichte Sprechen-Können. Ganz gleich was man dabei für die DDR als charakteristisch hervorheben mag, ob eher den „Unrechtsstaat“, die sozialistische „Langeweile“ oder den „Alltag“ in den Kleinspartenanlagen, all diesen Perspektiven ist gemeinsam, dass es sich dabei um etwas Vergangenes handelt.

Vergangen in diesem spezifischen Sinne ist etwas, das uns in der Erinnerung angeht, was aber selbst nicht mehr aktiv in Erscheinung tritt. Der Streit um die Vergangenheit ist somit ein Streit der Erinnerungen. Die dabei erzählten Geschichten beschreiben die Orte, an denen sich Menschen mit ihren Erinnerungen heimisch fühlen können. In diesem Sinne ist Geschichte selbst nichts Vergangenes, sondern etwas höchst Gegenwärtiges. Dabei ist der Streit um die Geschichte gerade in seiner Vielstimmigkeit Ausdruck einer Gemeinsamkeit.

Auch der Streit der Erinnerungen an die DDR ist ein virtueller und zugleich ein ganz gegenwärtiger. Dieses Land geht uns an, obwohl es uns rein physisch nicht mehr angehen kann. Worum es eigentlich geht, wenn wir über dieses Land zu reden versuchen, betrifft weniger die DDR als vielmehr uns selbst, die wir darüber streiten. Man könnte auch sagen: Indem wir um etwas streiten und uns dabei sichtbar im Feld der Meinungen positionieren, schaffen wir uns erst als Personen, als ein Jemand, der eine Meinung hat und diese als seine eigene vertritt.

Die Meinung des Anderen verdient somit unabhängig von ihrem Inhalt Anerkennung, denn sie ist nicht nur eine andere Meinung, sondern die Meinung einer anderen Person. Die eigenen Meinungen dennoch für die richtigen zu halten ist wiederum nur natürlich, da es zu einem nicht unwesentlichen Anteil unsere Persönlichkeit ausmacht, gerade dieser unserer eigenen Meinung zu sein. Allerdings entsteht hieraus oft das Missverständnis, dass auch die Anderen unsere Meinung als die richtige anerkennen und als die ihrige übernehmen müssten. Hieraus entsteht ein nicht zu lösender Widerspruch, denn dasselbe können auch die anderen denken und verlangen. Aus diesem Widerspruch speist sich der Streit um die Geschichte und um das kulturelle Gedächtnis. Verbleiben wir nicht nur beim Austausch von Meinungen, sondern erforschen gemeinsam deren Herkünfte und Gründe, dann geschieht das, was wir zu Recht historische und

moralische Aufarbeitung nennen können.

In dem Zusammenhang wurde anlässlich der letzten Jahrestage von Maueröffnung und Deutscher Einheit verschiedentlich eine neue Frage aufgeworfen. Es wurde entweder gefragt, wann in den neuen Bundesländern endlich so etwas wie ein neues 1968 stattfinden wird? Oder, warum es zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR zu keinem Streit zwischen den Generationen kommt, wie es damals in der Bundesrepublik im Umgang mit dem Nationalsozialismus der Fall gewesen sei. Was also nach zwei Jahrzehnten Aufarbeitung noch ausstehe, sei insbesondere die ehrliche Auseinandersetzung innerhalb der Familien mit der Zeit der Diktatur.

Ich möchte nun im Folgenden den Versuch unternehmen, ein paar grundsätzliche Überlegungen anzustellen, die bei der Beantwortung der Frage nach dem Ausbleiben des innerfamiliären Streits über die DDR vielleicht hilfreich sein könnten. Zunächst soll das Augenmerk darauf gerichtet werden, wie diese Frage gestellt wird und was sie impliziert. Forderungen nach einem '68 Ost gehen in der Regel einher mit der Rede von der DDR als „Unrechtsstaat“ oder einer „zweiten deutschen Diktatur“. Auch wenn dies nicht beabsichtigt wird, kommt darin eine schiefe historische Analogie zum Tragen, die das Erinnern an die DDR in eine bestimmte Richtung lenkt. Das Erinnern will jedoch nicht gelenkt sein. Es besteht auf seine eigene Meinung, sei diese von außen betrachtet auch falsch oder nicht begründet.

Erstens: Die ganze Rede von einem '68 Ost setzt implizit voraus, dass es sich bei der so genannten Deutschen Demokratischen Republik und dem so genannten Dritten Reich um in ihrem Unrechtscharakter identische Phänomene handelt. Wer hier als Politiker oder Wissenschaftler irgendwelche Zweifel anmelden möchte, der muss es sich heute dreimal überlegen, bevor er oder sie die diesbezüglichen Sprachregelungen verletzt. Wenn hier jemand zur Vorsicht mahnt, muss es sich dabei um keinen Liebhaber der DDR, einen Linken oder sonst jemanden mit Flausen im Kopf handeln. Es könnte auch sein, dass er in der Gleichsetzung eine unzulässige Verharmlosung des Nationalsozialismus sieht⁴. Unabhängig davon bleibt jedoch die

⁴ Vgl. hierzu z.B. Inga Markovits: Wie ist es eigentlich gewesen? Schwierigkeiten mit der Rechtsgeschichte der DDR. Vortrag am 30. Mai 2012 im Einstein-Forum Potsdam (verfügbar ab Herbst 2012 über www.einsteinforum.de).

Frage zu stellen: Was bringt es, die DDR mit Metaphern und Begriffen des Nationalsozialismus zu belegen? Spricht denn nicht genug gegen diesen Staat dass es eines solchen Manövers überhaupt bedarf?

Zweitens: In der Art der Fragestellung wird die ‚Urbevölkerung‘ der ostdeutschen Bundesländer weiterhin als eine bundesrepublikanische Teilgesellschaft identifiziert. Diese zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie noch etwas nachzuholen hat. Das wirft wiederum die Frage auf, worum es sich dabei handelt, was noch nicht dem alt-bundesdeutschen Vorbild entspricht? Oder anders gefragt: Wenn eine ganze Bevölkerungsgruppe als noch nicht typisch (bundes)deutsch angesehen wird, was ist dann eigentlich das Typische am Osten, dass es zu überwinden gelte? Und lässt sich etwas davon auch an den, im Osten auffindbaren, Generationenverhältnissen ablesen? Gehen wir einmal davon aus, dass die Einforderung der kritischen Befragung der ostdeutschen Familiengeschichten tatsächlich einen Missstand benennt, so sollte dies nicht einfach nur beklagt werden. Es wäre auch zu klären, warum dieser Diskurs nicht stattfindet.

Wir haben es also neben der Gleichsetzung von DDR und III. Reich auch mit einer bestimmten Differenzierung von Ost- und Westdeutschen zu tun. Ostdeutsch ist demnach, wer noch nicht westdeutsch ist. Was dabei als typisch westdeutsch angesehen wird, bleibt offen. Westdeutsch heißt hier so viel wie „normal“ oder „mehrheitsgesellschaftlich“. Es scheint sich also irgendwie von selbst zu verstehen.

Dies ist offensichtlich aber nicht für alle der Fall. Die 1990 auf dem Gebiet der DDR wieder gegründeten deutschen Länder waren im Augenblick ihrer Gründung bereits Teil der Bundesrepublik, ohne dieser freilich schon in allen Belangen zu gleichen.

Das Differierende nahm ab, doch es verschwand nicht. Gemessen am Ziel der Einheit konnte es sich dabei aber um nichts Zielführendes handeln. Denn ganz gleich worum es sich dabei hätte handeln können, es schien einer vergangenen Zeit zugehörig und blieb als solches notwendig unbestimmt.

All dies hatte drittens auch Einfluss auf die nach 1989/90 eigentlich anstehende historisch-moralische Selbstreflexion der Ostdeutschen. Denn im Zuge von nationalstaatlicher

Normalisierung, Angleichung und Integration wurden nicht nur Dinge wie das Demokratiemodell, das Wirtschaftssystem und der Verwaltungsapparat der Bundesrepublik übernommen. Auch die dort im Umgang mit dem NS erprobten Theorien und Begriffe der erinnerungskulturellen Debatte wurden mitgeliefert.

Andere narrative Bezugspunkte oder schon die abweichende Verwendung eines einzelnen Begriffs standen dabei außerhalb der Diskussion oder fanden sich schnell dem Verdacht der Relativierung von DDR-Unrecht ausgesetzt. Die in kaum einer Debatte fehlende Frage „War die DDR für Sie ein Unrechtsstaat?“ hat inzwischen einen denunziatorischen Charakter angenommen. Denn befragt wird nicht mehr ein Charakteristikum für die DDR sondern nur noch die moralische Übereinstimmung mit einer geschichtspolitischen Glaubenstatsache.

Die lebensweltlich gebundene Sprache derjenigen Deutschen mit starkem biographischen DDR-Bezug wurde somit in Wissenschaft, Feuilleton, Politik, ja im gesamten öffentlichen Sprachspiel tendenziell still gestellt. Das öffentliche und das private Sprechen fielen dabei auseinander. Gleiches gilt für den theoretischen und den erfahrungsbasierten Zugang zur eigenen Geschichte.

Richard Schröder, welcher einer Beschönigung der DDR gänzlich unverdächtig ist, bemerkte 2006 hierzu passend, er gewinne zunehmend den Eindruck als herrsche bei altbundesdeutschen Kollegen in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung ein Selbstverständnis vor, welches laute: „Wir bewältigen euch eure Vergangenheit, denn die unserer Väter haben wir ihnen auch schon erfolgreich bewältigt“⁵. Im seinem originalen Redebeitrag sagte Schröder noch: „Wir arbeiten eure Geschichte auf, wie wir es mit unserer getan haben“, der in der veröffentlichten Variante hinzugekommene Hinweis auf ‘68 und die Väter zeigt dass es ihm um etwas Wichtiges ging. Denn die Erfolgsgeschichte von ‘68 firmiert hier nicht mehr nur als ein Vorbild, sondern zusätzlich als Ansporn, es wiederum gleich selber zu machen. Denkt man diesen Gedanken weiter, so drängt sich zudem der Eindruck auf, dass es weniger um ein neues ‘68 Ost geht, vielmehr wird eine weitere Gelegenheit gesucht, die Erfolgsgeschichte von ‘68 West nochmals und nun insbesondere auch vor den Osten zu erzählen. Hier arbeiten bestimmte

⁵ Richard Schröder: Öffentliche Anhörung vom 06.06.2006; in: Martin Sabrow u.a.: Wohin treibt die DDR-Erinnerung. Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007, S. 72.

Generationenvertreter an ihrer hegemonialen Stellung im Diskurs. Ein vormalig rein altbundesdeutscher Streit wird dabei auf das ehemalige Gebiet der DDR und seine Geschichte übertragen, d.h. die Geschichte der DDR wird zum Streitfall und zur Beute altbundesdeutscher Eliten.

Angehen mag eine solche „Hilfestellung“ vielleicht noch im Großen der nationalen Erzählungen, nicht jedoch in dem eher intimen Bereich der Familiengeschichten. Denn während man sich gegenüber dem öffentlichen Diskurs ja noch so verhalten kann, als ob einen dieser nichts angehe, so kann man das familiäre, generationenübergreifende Gespräch niemand anderem überlassen. Doch selbst wenn in dieser Hinsicht nichts gehört wird, muss das noch nicht heißen, dass auch nichts gesagt worden ist. Es könnte ja sein, dass die innerfamiliären Stimmen in einem Mehrheitsdiskurs, der es schon immer besser wusste, nur schlecht zu vernehmen sind.

Aus der spezifisch nationalen Situation während und nach der Deutschen Einheit erwachsen bei etlichen ehemaligen Bürgern der DDR – angesichts der Konkurrenz von biographischen und offiziellen Erzählungen – Schwierigkeiten im sprachlichen Selbstbild und bei der narrativen Identitätskonstruktion. Die in der angebotenen Sprache implizierten Grundannahmen konnten nicht einfach als selbstverständlich angenommen werden. Hierher rührt auch die, bei vielen damals zu beobachtende und bei manchen noch immer andauernde, Sprachlosigkeit gegenüber der eigenen Biographie. Sprachlos war man nicht nur weil es an streitbaren Themen fehlte oder an dem Willen diese offenbar zu machen, sondern auch in dem ursprünglichen Sinne des Wortes, wonach einem die Sprache fehlt.

Das Phänomen der Ostalgie-Shows um die Jahrtausendwende zeigt sich in dieser Perspektive als eine Übersprungshandlung aus der Erfahrung einer mangelnden öffentlichen Präsenz. Hierzu gehören letztlich auch die Loyalitätskonflikte, in welche ostdeutsche Schüler geraten können, angesichts der Widersprüche zwischen schulischen Lernstoffen, öffentlichen Erinnerungsformen und bruchstückhaften familiären Erzählungen.

Das Besondere an dieser Schwierigkeit den eigenen Emotionen und Erfahrungen einen adäquaten und hörbaren Ausdruck zu verleihen, ist nun, dass es sich dabei um ein Generationen

übergreifendes Problem handelte.

Selbstverständlich war die DDR eine Diktatur und lud als Zwangsgesellschaft Schuld auch auf individuelle Schultern. Das ist zu benennen und darüber wäre durchaus auch in Familien vermehrt zu sprechen. Nur das Familiengedächtnis zeigt sich, ob der Lautstärke mit der wiederum auf diesen Missstand aufmerksam gemacht wird, merkwürdig starr. Im Gegenteil war in den letzten Jahren sogar Folgendes zu beobachten: Belehrungen trieben den Familien- und Bevölkerungsdiskurs in den östlichen Bundesländern geradezu zurück in die Nischen, in denen er schon die DDR und das dortige Meinungsmonopol überdauerte!

Im Übrigen trifft die These von der fehlenden Generationenauseinandersetzung nur sehr eingeschränkt zu und strickt selbst an einem bundesdeutschen Mythos, wonach es sich bei '68 um ein Massenphänomen gehandelt habe. Prominente Beispiele dafür, dass diese Debatte bereits geführt wird, wären die Bücher von Jana Hensel, Susanne Schädlich, Jutta Voigt, Robert Ide und Hanna Hünninger.⁶ Zu nennen wären selbstverständlich auch die Texte von Jenny Erpenbeck, Uwe Tellkamp, Eugen Ruge oder Marion Brasch – als Vertreter anderer DDR-Generationen. Dies sind allesamt Zeugnisse, für den Versuch wie für die Schwierigkeit die Debatte auf einer intellektuell wie literarisch anspruchsvollen Weise zu führen.

Darüber hinaus ist an ihnen noch etwas anderes bemerkenswert: Die Schilderungen der Generationenverhältnisse sind im Unterschied zu vergleichbaren '68er Texten noch bis in die Kritik hinein von einer solidarischen Grundhaltung geprägt. Was in diesem Zusammenhang unter dem Begriff der „Generationensolidarität als ein ostdeutsches (Nachwende)Phänomen“ verstanden werden kann, soll im Folgenden in drei Schritten erläutert werden.

Zunächst wird mit Blick auf die DDR auf den Begriff der Generation eingegangen. In einem zweiten Schritt werden diese eher klassifikatorischen Überlegungen anhand eines Beispiels aus der post-revolutionären Umbruchsituation an der Berliner Humboldt-Universität konkretisiert. Das Generationenverhältnis erscheint dabei als ein spezifisch „solidarisches“. Abschließend wird

⁶ Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere: Jana Hensel: Achtung Zone. Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten. München 2009; und Robert Ide: Geteilte Träume. Meine Eltern, die Wende und ich, München 2009.

erörtert, inwieweit das heutige Generationenverhältnis in den ostdeutschen Ländern noch von vergleichbaren Erfahrungen der „Wende- und Nachwendezeit“ beeinflusst ist und ob es auch heute noch als ein spezifisch „solidarisches“ bezeichnet werden kann.

1. Ein diskurs- und generationentheoretischer Blick auf die DDR

In der Entwicklung der DDR-Gesellschaft sind fünf bis sechs Phasen unterscheidbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg und noch vor der eigentlichen Gründung kann die DDR als eine Zusammenbruchs- und Teilungsgesellschaft beschrieben werden. Daraus entwickelte sich in den 50er Jahren und im Zuge der Durchsetzung des sowjetischen Modells eine Ausschließungs- und Aufstiegsgesellschaft, welche sich spätestens seit Mitte der 60er Jahre zu einer Einschluss- und Stagnationsgesellschaft hin wandelte. In ihrem letzten Jahr nahm die DDR dann vorübergehend die Gestalt einer Reform- und schließlich einer Distanzierungs- und Abschiedsgesellschaft an. Nach ihrem Ende transformierte sie sich wiederum zu einer lernenden und belehrten Teilgesellschaft der Bundesrepublik. Diese an Brüchen reiche Entwicklung hatte immense Auswirkungen auch auf das Generationenverhältnis.

Auf die Forschungsliteratur und die zahlreichen damit verbundenen Zuordnungs- und Klassifikationsprobleme von Generation als einem retrospektiven sozialen Konstrukt soll hier nicht weiter eingegangen werden. Stattdessen wird das Generationenverhältnis zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem konkreten Ort entwickelt und dabei auch der hier verwandte Generationenbegriff erläutert.

In den ersten Monaten des Jahres 1990, als die weitere Entwicklung in Richtung deutscher Einheit absehbar, aber noch nicht in detail festgelegt war, wurde an der (Ost-)Berliner Humboldt-Universität ein neues Institut gegründet. Es handelt sich um das „Interdisziplinäre Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik“ unter der Leitung von Prof. Karl Friedrich Wessel. Das Institut war auf seine Weise ein Produkt des vor 1989 in der DDR und auch an dieser Universität gewachsenen Erneuerungswillens. In struktureller, wissenschaftlich-methodischer sowie personeller Hinsicht wurden zum Teil radikal neue Wege beschritten.

Zugleich griff man auf Bestehendes zurück.

Für das Generationenverhältnis an diesem Institut ist feststellbar, dass dort vor allem reformorientierte Vertreter der drei maßgeblich in der DDR sozialisierten Generationen zusammen trafen. Diese Konstellation trat in einer bis dato nicht möglichen und später nicht mehr anzutreffenden Weise auf. Sie stellt einerseits einen Sonderfall dar, andererseits ist daran etwas Charakteristisches abzulesen. Ähnliches war selbstverständlich auch in anderen, bereits bestehenden Instituten anzutreffen. Hinzuweisen wäre hier zum Beispiel auf das „Institut für Kulturwissenschaft“ an dieser Universität. Der Fokus soll jedoch auf einem 1990 neu gegründeten Institut liegen, das als solches zunächst nicht von Evaluation oder Abwicklung betroffen war.

Selbstverständlich ging es bei dieser Gründung auch um den Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen und akademischen Netzwerken. Dies ändert jedoch nichts daran, dass man sich dort auch zusammenfand, um die gerade erstrittene wissenschaftliche und persönliche Freiheit nun erstmals und gemeinsam auszuprobieren. Hierzu gehörte es insbesondere, die sich gerade vor den eigenen Augen vollziehenden radikalen gesellschaftlichen Veränderungen sozialwissenschaftlich und philosophisch zu verstehen, zu analysieren und zu begleiten.

Zu den dort anzutreffenden Generationenvertretern ist Folgendes festzustellen: Die Professoren des hier betrachteten Institutes, welche in den 30er Jahren geboren wurden, können einer „Zweiten DDR-Aufbaugeneration“ zugeordnet werden. Die zumeist in den 60er Jahren geborenen Sekretärinnen und wissenschaftlichen Mitarbeiter sind hingegen der „Generation der in die DDR Hineingeborenen“ zuzurechnen. Die am Beginn ihrer akademischen Ausbildung stehenden Studenten waren wiederum Vertreter der ominösen „’89er Generation“, welche gelegentlich auch als eine „verlorene Generation“ bezeichnet wurde. Wobei ich in diesem Falle eher von einer nicht sichtbaren Generation sprechen mag.

Um das Bild zu komplettieren sei noch auf zwei weitere Gruppen verwiesen, die generationell nur zum Teil der DDR zuzuordnen sind. Bei der ersten handelt es sich um die erste Aufbau- oder

Gründergeneration der DDR. Deren Vertreter erfuhren ihre Sozialisation zu einem wesentlichen Teil noch in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus oder im Exil. Der Elitenaustausch nach dem Zweiten Weltkrieg, die kulturevolutionären Bestrebungen der SED und die dadurch ausgelöste Abwanderungsbewegung bescherte vielen Vertretern dieser Generation bislang ungeahnte Aufstiegschancen. Zu einem wesentlichen Anteil rekrutierte sich aus diesem Pool nicht zuletzt die neue technisch-administrative Funktionselite der DDR. Ansonsten sei noch auf die Generation der sogenannten „Wendekinder“ verwiesen, die zwar noch in der DDR geboren waren, dort aber nicht mehr ihre Jugend verbrachten.

Beide Gruppen fanden sich an dem besagten Institut personell nicht oder kaum vertreten. Sie spielen aber bei dem Phänomen der Generationensolidarität eine wichtige Rolle. Die ehemaligen Wendekinder haben heute die Schule oder schon ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen und treten gerade in die gesellschaftliche Verantwortung ein. Sie bilden somit den eigentlichen Adressaten des Vorwurfes eines mangelnden Interesses an der Geschichte ihrer Eltern und Großeltern.

Die erste Aufbaugeneration wiederum bildete, durch ihre Vertreter in Staat, Partei, Wirtschaft und Militär, die eigentliche Angriffsfläche und das zentrale Problem aller, ihr in der DDR nachfolgenden bzw. nicht nachfolgen könnenden Generationeneinheiten. In den letzten Jahren der DDR war die Wissenschaft, wie die Gesellschaft überhaupt, geprägt von sozialer Immobilität, gesellschaftlichem Stillstand und dem allgemeinen Gefühl materieller und moralischer Erschöpfung. Die Perspektivlosigkeit innerhalb des bestehenden Systems verursachte eine gesamtgesellschaftliche Depression, welche schließlich in eine revolutionäre Situation mündete.

Für gesellschaftliche Veränderungen jeglicher Art, ob innerhalb oder außerhalb der überkommenen Strukturen, wäre zunächst jedoch „die Herrschaft der alten Männer“ zu beenden. Als ein nicht zu unterschätzender und auch sozial-psychologisch bedeutsamer Umstand ist festzuhalten, dass es sich hier wiederum um eine Erfahrung handelt, die von den meisten Menschen in der DDR gemacht wurde. Als dann in kürzester Zeit die überlebte und überalterte Herrschaftsstruktur zusammenbrach, fiel mit dem Hegemon des autoritären Gesamtsystems auch

die wichtigste generationelle Reibefläche aus. Man kann sogar von einem Verlust des zentralen und für die DDR typischen übergenerationellen Generationenzusammenhangs sprechen. Allerdings bot sich in Gestalt des politisch und wirtschaftlich liberalen Systems der Bundesrepublik ein neuer Hegemon an. Wahrnehmbar war dieser zunächst nur in den Kategorien konsumtiver und politischer Freizügigkeit, später auch in Gestalt einer neuen Chef- und Führungsschicht sowie in der Übertragung von Verfahrens- und Besitzverhältnissen der alten Bundesrepublik auf den ihr beigetretenen Landesteil. Die bekannte, aber weitgehend ungeliebte vormalige Gesellschaft wurde nach 1989 allerdings nicht durch den Interimsherrscher – die Bürger oder das Volk - in Besitz genommen, sondern zu Gunsten einer weitgehend unbekannt, aber dennoch ungemein begehrten erscheinenden Gesellschaft abgewählt. Die weitgehend unbekannt Alternative wurde zumindest erahnt.

Rückblickend mag der „Westen“ manchem dabei wie eine Mischung aus TV-Werbung (West) und Staatsideologie (Ost) vorgekommen sein. So als ob es sich dabei um eine riesige „Bahlsen Probierstube“ handelt, in der man sich trifft, um so viel Süßigkeiten auszuprobieren wie man möchte - gratis versteht sich. In dieser eigenartigen Reklame der 80er Jahre erschien der Westen als die Realisierung eines utopischen Ortes. Ein Ort, an dem alles im Überfluss vorhanden ist und wo nichts etwas kostet. Mit anderen Worten dieses – zugegebenermaßen kindische – Süßigkeitenparadies musste genau genommen als ein kommunistisches erscheinen. Die Bundesrepublik erschien in Gestalt des Reklame-Kapitalismus nicht nur wegen ihrer Freiheits- und Konsumversprechen als erstrebenswert, sie wurde auch und gerade ob des Versprechens, die beste aller möglichen Welten zu sein, zum Erben der unglaublich gewordenen kommunistischen Heilsversprechen.

Aber auch das sollte sich als Illusion erweisen. Nach den Erfahrungen von Bevormundung und Willkür sowie von Aufbegehren und Freiheit, liegt in dieser Begegnung mit der eigenen Naivität die vielleicht letzte kollektive Erfahrung, welche noch einmal von allen DDR-Generationen gemeinsam gemacht werden konnte. Die Grundlage für diese Enttäuschungserfahrung wurde über Jahrzehnte in der DDR gelegt. Die eigentliche Enttäuschung aber trat erst nach deren Ende und plötzlich ein. Damit verbundene Gefühle, Zuschreibungen und Bewertungen sind somit

diesseits und jenseits des Epochenbruches von 1989/90 verteilt. Doch nicht nur die Maßstäbe verschwammen, auch die Sprache darüber zu reden, wechselte im Zuge der deutschen Einheit. Hieraus erwuchs eine schwere mentale Hypothek für das, was heute allgemein die „innere Einheit“ genannt wird.

In der Folge der historischen Entwicklung und des daraus resultierenden Erfahrungskonglomerats trat auch eine für das Generationenverhältnis schwierige Situation ein. Einerseits waren die in der DDR über Jahrzehnte angestauten Generationenkonflikte nicht mehr in den verursachenden Institutionen oder gesellschaftlichen Strukturen auszutragen. Andererseits musste das neue System zunächst in seinen rechtlichen, bürokratischen und nicht zuletzt informellen Strukturen von Grund auf (neu) erlernt werden. Um aber zu einem Teil der Mehrheitsgesellschaft zu werden, muss man deren Diskurse verstehen und daran teilnehmen können. Die Situation war verwirrend, denn man hörte die eigene Sprache und erkannte nicht mehr das Eigene darin. Nicht zuletzt galt es, die verdeckten Codes und Zugangsregeln sowie die sonstigen Ein- und Ausschlussmechanismen kennen zu lernen. Von diesen konnte man zunächst annehmen, dass es so etwas unter den Bedingungen von Freiheit und Demokratie gar nicht mehr geben könne. Aber auch diese Annahme bedurfte einer Modifikation und das verlangte vor allem Zeit. Dem Geltungsbereich des Grundgesetzes als Körperschaft beizutreten ist eine Sache. In die darin geltenden Diskurse einzutreten ist eine ganz andere.

Dem zum Diskurs neu Hinzutretenden, welcher immer zunächst ein Lernender ist, wird darin kaum eine individuelle oder auch generationelle Selbstkonturierung möglich sein. Es sei denn, dies geschieht um den nicht weniger paradoxen Preis der Verweigerung. Diese geht jedoch einher mit einem anderen, unangemessenen, unangepassten und tendenziell unverständlichen Reden. Eine solche Gegenidentität gerät jedoch in Konflikt mit dem Gebot der Integration. Hier wäre auch über das Phänomen des Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern zu sprechen.

Aus dem Problem, den alten Diskurs nicht mehr und den neuen noch nicht führen zu können, entstand das paradoxe Problem einer doppelt entfremdeten Emigrantengruppe, die sich im Osten Generationen übergreifend formierte und sich als solche lange nicht begreifen konnte. Man

emigrierte, indem man kollektiv das Land verließ, ohne dabei den Ort zu verlassen. Entfremdet und vereinzelt standen viele vor den jetzt geltenden Idealbildern bundesrepublikanischer Normalexistenzen, denen man aber nicht unbeschadet entsprechen konnte oder wollte. Doch auch das Forum des gesellschaftlichen Austausches, das Ziel und die Errungenschaft der Revolution von 1989, schien merkwürdig verwaist und der Vergangenheit zugehörig. In den Jahren nach 1990 standen die Stasi und die Geschichte von der stolzen Revolution, von der in Frieden und Freiheit wieder gewonnenen deutschen Einheit im Vordergrund. Die eigene zwiespältige, irgendwie peinliche und auch traurige Geschichte konnte weder erzählt noch anerkannt werden. Für einige Zeit wurde sie gleichsam unsichtbar.

Die nach der staatlichen Einheit notwendige kulturelle, sprachliche und habituelle Integration der ehemaligen DDR-Bürger stand also der ebenso nötigen Bildung von Identität anhand individueller Erinnerungen und kulturellem Gedächtnis entgegen. Aus der Unsagbarkeit dieses Widerspruches resultierte in der öffentlichen Aufmerksamkeit letztlich eine Art Schwarzes Loch, in dem ganze Generationeneinheiten von DDR-Bürgern als handelnde Akteure einfach verschwanden. Die öffentlichen Orte eines möglichen Streits existierten nicht mehr, sie wurden genauso voreilig aus dem Gesichtsfeld entfernt, wie die Berliner Mauer, welche später mühsam als Erinnerungsort rekonstruiert werden musste. Auch die Themen über die unter ehemaligen DDR-Bürgern durchaus zu sprechen gewesen wäre, muteten in den politischen Lagern der alten Bundesrepublik merkwürdig unzeitgemäß und vorgestrig an. Erinnernten diese doch an vergangene Zeiten und Streits, die in der alten Bundesrepublik als längst entschieden und erledigt galten.

Die Ostdeutschen kamen mit ihrer Revolution thematisch mindestens eine Generation zu spät, um dafür in der Bundesrepublik noch wirkliches Interesse hervorrufen zu können. Es sei denn, man gewichtet und deutet die Revolutionsziele und Erwartungen von 1989 entsprechend um. So als würde man damals genau das gewollt haben, was man heute erreicht hat. Freilich hätte man dann das Problem sprachlich gelöst, indem es sich darüber gar nicht mehr sinnvoll reden ließe. Aber um welchen Preis?

In welche paradoxen Situationen diese Art der Geschichtsschreibung führen kann, zeigte kürzlich die ganz und gar verfehlte Debatte darum, ob der jetzige Bundespräsident in der DDR als ein Bürgerrechtler hätte gelten können. Hinter dem nicht zu begründenden Verdacht, hier würde jemand ein gewisses Rollenmodell plagieren, verbarg sich dennoch eine rationale Aussage, wengleich diese nur indirekt und verklausuliert zur Sprache kam. Es handelte sich dabei um den Vorwurf, Joachim Gauck habe sich 1989 zu früh aus dem mehrheitlichen Konsens der Bürgerrechtler, die DDR zu demokratisieren ohne sie dabei aufzugeben, herausbewegt und nun streiche er den Lohn dafür ein.

Das ist freilich ungerecht. Aber man sollte auch bedenken, dass es für manche ehemalige Bürgerrechtler nicht einfach zu vermitteln ist, damals zwar für die Demokratie nicht aber für die Einheit gestritten zu haben. Insbesondere dann fällt dies schwer, wenn zwischen Freiheit und Einheit nicht unterschieden wird. Die Freiheit war die Bedingung der Einheit, nicht umgekehrt. Für manche der damals Beteiligten ist es heute noch wichtig, dies historisch korrekt festzuhalten. Hierher rührt manch irritierende Reaktion auf die Wahl des Bürgerrechtlers und Einheitsbefürworters Joachim Gauck zum Bundespräsidenten. Was man letztlich auf eine unglückliche Weise zu sagen versuchte, war, dass man das Eine sein konnte, ohne das Andere sein zu müssen. Festzuhalten bleibt: in dieser Frage besteht offensichtlich noch Redebedarf innerhalb und außerhalb der ehemaligen DDR-Opposition.

2. Wie stellte sich das Generationenverhältnis historisch am erwähnten Institut dar?

Nimmt man die These von einem Schwarzen Loch im Zentrum der Bundesrepublikanischen Erinnerungskultur jedoch ernst, muss man sich – wie auch bei echten Schwarzen Löchern – auf die Suche nach indirekten empirischen Belegen hierfür machen.

Anhand des räumlich und zeitlich eingrenzbaeren Ereignisses, nämlich der Gründung eines Institutes an der Berliner Humboldt-Universität im letzten Jahr der DDR, soll dies für das Generationenverhältnis versucht werden.

Das „Interdisziplinäre Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik“ wurde 1990

gegründet. Es entwickelte sich aus dem ca. dreißig Jahre zuvor gegründeten Graduiertenkolleg „Philosophische Probleme der technischen-, mathematischen- und Naturwissenschaften“. Das Kolleg wurde gänzlich umgestaltet. Eigene sozialwissenschaftliche Forschungsvorhaben kamen hinzu, wie auch der neu eingerichtete Magisterstudiengang „Humanontogenetik“. Ein weiterer namens „Wissenschaftsphilosophie“ sollte folgen. Die Nachfrage seitens der Studentenschaft war groß.

Das Verhältnis zwischen Professoren, Mitarbeitern und Studenten war einerseits bestimmt von der aus den bleiernen Jahren stammenden Forderung nach wissenschaftlicher und persönlicher Freiheit, aus deren Geist man die Universität gewissermaßen neu zu denken versuchte. Andererseits wurde bald klar, dass es sich auch um einen Versuch wird handeln müssen, etwas vom >>Besten der DDR-Wissenschaft<< in die neue Zeit zu retten. Das Institut besaß in den, bald nach dem Beitritt einsetzenden Umstrukturierungen und Verteilungskämpfen, jedoch keine politische oder administrative Lobby. Auch konnte trotz zahlreicher internationaler Kontakte und Gastwissenschaftler nicht auf einflussreiche Netzwerke zurückgegriffen werden.⁷

Das Institut war damals weder eindeutig der alten DDR, noch der alten Bundesrepublik zuzuordnen. Es war ein Produkt des Überganges und stand somit stellvertretend für die neuen Bundesländer. Irgendwie passte es jedoch nicht in die an der Universität neu zu implementierende alte Struktur. Es konnte aber als unverkennbare Wendeerrungenschaft auch nicht einfach abgewickelt werden. Letzten Endes führten formale Erwägungen und Umstrukturierungsmaßnahmen zur Streichung des Studienganges und anschließend zur personalen Ausdünnung. Das Institut verlor zunächst die für die Lehre nötigen Stellen. Forschungsvorhaben konnten so nicht weiter geführt werden und das daraus folgende Absinken der wissenschaftlichen Produktivität diente als ein zusätzliches Argument für weitere Kürzungen. Den Schlusspunkt dieser Art kalter Abwicklung bildete das Jahr 2000. Dass man mit dem Institut wenig anzufangen wusste, zeigte bereits dessen institutionelle Anbindung innerhalb der neuen Universitätsstruktur. Die „Humanontogenetik und Wissenschaftsphilosophie“ fand ihren Platz bei

⁷ Das Interdisziplinäre Institut für Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik stellt sich vor, Humboldt-Universität, Berlin 1991.

den „Sportwissenschaften“. Auch räumlich fand man sich bald in der Peripherie wieder.

Zu einer Solidarisierung untereinander oder mit ebenfalls von Abwicklung betroffenen Altinstituten ist es indessen nicht gekommen. Ganz im Gegenteil: Man kämpfte, hoffte und unterlag damals jeweils allein. Diese Beobachtung ist wichtig, denn sie zeugt davon, dass von einer allgemeinen Solidarisierungshaltung in der DDR oder in den neun Bundesländern nicht gesprochen werden kann. Solidarität in dem hier vorgetragenen Sinne ist ein spezifisches Sozialphänomen eingrenzbarer Gruppen zur Aufrechterhaltung des sozialen Verbandes. Dieses gilt es nicht nur zu postulieren oder zu negieren sondern im konkreten Fall darzustellen.

Während die erste Phase 1990-1993 noch geprägt war vom euphorischen Geist des Neuanfanges, regierte an dem besagten Institut zunehmend auch die Angst vor Abwicklung. Beide Seiten dieser gegenläufigen Entwicklung waren ursächlich für das an diesem Ort ungewohnt kollegiale Verhältnis. Dieses bildete sich zwischen allen Beteiligten aus, einbezüglich der Professoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Sekretärinnen und Studierenden. Sich in die Kunst des Zelebrierens feiner Statusunterschiede einzuarbeiten, machte angesichts des Neuanfanges und des anschließend drohenden gemeinsamen akademischen Unterganges ebenfalls wenig Sinn. Auch die andernorts zu beobachtende Pose eines ritualisierten Nonkonformismus seitens der Studentenschaft fehlte. Nonkonformismus musste nicht eigens inszeniert werden, er gehörte gewissermaßen zum Lehrplan.

Für einen Augenblick schien es, als versammelte man sich hier tatsächlich um des Wissens willen. Es war, als erlebte die DDR-Wissenschaft ihren romantischsten Augenblick nach dem Ende dieses Staates und angesichts ihrer Aussonderung aus dem neuen deutschen Wissenschaftskanon. Dieser „Augenblick“ nahm jedoch bis zum endgültigen Verlust des Studienganges, Mitte der 90er Jahre und der letztendlichen Schließung 2000⁸ mehr und mehr tragische Züge an. Das Institut führte bis dahin seine Existenz als eine Art akademisches U-Boot weiter. In abgelegenen Seminarräumen, auf Hinterhöfen, bei Tagungen an verlassen Orten der ehemaligen „Akademie der Wissenschaft der DDR“ und auf halb-privaten Treffen in ungenutzten

⁸ <http://gremien.hu-berlin.de/as/protokolle/2000/20000125>

Gästehäusern der Universität wurde weitergearbeitet – und wird es in gewisser Weise heute noch⁹.

In späteren Jahren auch hier wieder anzutreffen, war die aus der DDR bereits bekannte und aus mangelnder Anerkennung und fehlender Zukunftsperspektive erwachsende Depression. Abermals handelte es sich dabei um eine für alle Betroffenen gemeinsame und somit übergenerationelle Erfahrung.

Als dann alles vorbei war, waren auch die für die gleich nach 1990 abgewickelten DDR-Wissenschaftler eingerichteten Integrations- und Sonderprogramme ausgelaufen. Wie in den neunziger Jahren das letzte Jahr der DDR in Vergessenheit geriet, so ist auch dieses Institut heute gänzlich vergessen. Ganz so, als habe es gar keine Möglichkeit zu einer Anknüpfung an aus der DDR erwachsende Traditionslinien und Arbeitszusammenhänge gegeben und als sei dies – immerhin bis 2000 – auch nicht versucht worden¹⁰.

So weit wie ich es überblicken kann, sind heute die ehemaligen Lehrstuhlinhaber und Professoren tot oder im Ruhestand. Sie gehörten der 2. Aufbaugeneration an und studierten in den 50er und 60er Jahren in der DDR. Die ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter und Privatdozenten haben die Universität oder zumindest die Lehre und Forschung verlassen. Ihr Verbleib im Vorruhestand oder als Selbstständige in der Wirtschaft, im Managementtraining, als Sachbuchautoren oder in einer ökologischen Landkommune zeigt gerade im Untypischen das Typische dieser Karriereverläufe. Sie stehen zudem für einen - so nur 1945-49 in der sowjetischen Besatzungszone erlebten – radikalen wissenschaftlichen Traditionsabbruch. Die Tiefenwirkung dieser beiden Brüche im Sozialgefüge und in der intellektuellen Kultur dieses Landstriches ist noch längst nicht ausgelotet.

Nicht weniger schwierig gestaltete sich die Situation für die Studenten. Ihre Biographien verliefen nicht unähnlich derer des akademischen Mittelbaus. Es gab für sie jedoch noch weniger Halt durch bestehende Strukturen. Für die alten aus der DDR stammenden Netzwerke waren sie

⁹ www.Humanontogenetik.de

¹⁰ „Professor im Hungerstreik: Jetzt will die Universität verhandeln“, Berliner Zeitung 03.03.2000 (online-archiv der Berliner Zeitung).

zu jung und diese zu retrospektiv und melancholisch ausgerichtet. Für die neuen waren sie „zu alt“ und irgendwie auch falsch ausgebildet. Ohnehin wurden ihnen die Abschlussprüfungen verweigert, beziehungsweise diese wurden von der eigenen Universität nicht anerkannt. Eine Integration in den bundesdeutschen Wissenschaftsbetrieb war zudem durch Loyalitäten und Anhänglichkeiten gegenüber ihren Universitätslehrern und der untergehenden Wissenschaftskultur erheblich erschwert. Deren Teilhabe daran war zwar äußerst kurz und sehr beschränkt, dennoch fielen die damit verbundenen Erfahrungen in eine prägende Phase ihrer akademischen Entwicklung.

Festzuhalten bleibt, dass – soweit bekannt – sich für keinen der schätzungsweise 30 ehemaligen Studenten eine wissenschaftliche Karriere ergeben hat. Auch und vor allem in dieser Hinsicht muss der in Rede stehende akademische Traditionsabbruch wohl als ein vollständiger beschrieben werden.

3. Ergeben sich Kontinuitäten zwischen damaligen Nachwenderfahrungen und dem heutigen Generationenverhältnis in Ostdeutschland?

Eine Generation ist disponiert durch ihre altersmäßige Kohortenzugehörigkeit und durch kollektive Muster z.B. in der ethisch-politischen Orientierung, in Habitus, Sprachgebrauch und Mentalität. Zentral sind Wertekonflikte und ethische Widerstandserfahrungen, die zwar nicht generationenspezifisch sein müssen, aber in bestimmten sensiblen Phasen der Individualentwicklung, d.h. auf altersmäßige Kohorten Generationen bildend wirken.

Die späte DDR war geprägt von einem kompletten Stau in der Generationenabfolge, welcher letztlich nur mittels einer revolutionären Transformation des Gesamtsystems aufzulösen gewesen wäre. Dabei hätten jedoch alle gesellschaftlichen Bereiche und generationellen Formationen zugleich durchlässig werden müssen. Es sei denn man setzt das gestörte Generationenverhältnis in seiner Gesamtheit außer Kraft.

Letzteres ist in Folge der staatlichen Einheit Deutschlands tatsächlich geschehen. Der Beitritt ermöglichte jedoch auch den Eintritt einer bis dato noch gar nicht präsenten Gruppe in das Spiel

der Generationen sowie in die frei werdenden und neu einzurichtenden Planstellen. Ich spreche hier von den Vertretern einer, sich in der Bundesrepublik nach geburtenstarken Jahrgängen und verschiedenen Bildungsreformen angestauten akademischen und administrativen Funktionselite, welche gewissermaßen als Entwicklungshelfer in das Beitrittsgebiet entsandt werden konnten.

Wenn beide Generationenstaus auf andere Weise oder zumindest nicht gegeneinander aufgelöst worden wären, hätte es möglicherweise noch ganz andere Generationenkonflikte gegeben.

Um es pointierter zu sagen: ein veritabler symbolischer Vätermord ist nicht so einfach, wenn die Väter und selbst die Großväter erst gar nicht in Machtpositionen eingerückt sind, aus denen diese zu vertrieben gewesen wären oder wo zumindest hinterfragt werden könnte, auf welchem Wege sie dort hin gelangten. Aber auch die eher traurigen Figuren, jene aus ihren ehemaligen Positionen vertriebenen Stützen des DDR-Systems, bieten sich nicht gerade für einen Generationenkonflikt an. Auch aus diesem Grund kann es keine analoge Entwicklung zu '68 (West) geben. Die Forderung nach einem '68 wirkt als Zumutung, weil man der falschen Analogie gar nicht entsprechen kann. Dies ähnelt wiederum Erfahrungen des strukturellen Ungenügens der ehemaligen DDR-Bevölkerung aus der Transformationsperiode.

Aus solchen Erfahrungen speist sich auch das, was ich unter dem Phänomen „Generationensolidarität“ verstehe und mit diesem Wort bezeichne. Als ein soziales Phänomen ist es beobachtbar und beschreibt insbesondere eine spezifische Form der Kommunikation innerhalb sozialer Gruppen, sowie deren Repräsentation nach außen. Der Begriff „Generationensolidarität“ firmiert zudem als Gegenmodell zu der für '68 (West) behaupteten und für ein kommendes '68 (Ost) empfohlenen Form des Vor- und Abrechnens in der Generationenauseinandersetzung. Solidarität wird dabei als Grunddisposition verstanden, im Sinne eines auch jedes Streitiges vorgängigen Miteinanders.¹¹

Der akademische Bereich gibt hier ein besonders aussagekräftiges Beispiel ab. Er ist aber auch von Interesse, da sich dort ein Großteil des reflexiven Bewusstseins einer Bevölkerung generiert, sowie deren Sprach- und Diskursfähigkeit ausbildet. So etwas wie eine ostdeutsche Bildungselite

¹¹Vgl. hierzu: Solidarity, Memory and Identity. Interdisciplinary Conference in Gdansk, vom 20.21.09.2012 (<http://solidaritymemory.ug.edu.pl/>)

existiert zwar noch, sie besaß nach 1990 aber weder an Universitäten noch an anderen öffentlichen Orten die Möglichkeit der intellektuellen Sukzession, bzw. wurde dies der „SuperIllu“ und der PDS überlassen. Eine gewisse Ausnahme stellt die Kunst und die Literatur dar, mit weitreichenden Folgen für das Selbstverständnis in Ostdeutschland, wo auch die Generationenfolge in intellektueller Hinsicht, wenn nicht unterbrochen, so doch empfindlich gestört zu sein scheint. Was sich dort als eine Art „generationeller Allianz“ herausgebildet hat, erscheint somit weniger als ein das DDR-Unrecht relativierendes Beschweigen der eigenen oder familiären Verwicklungen. Zu vermuten wäre ein Nicht-Mitreden-Wollen oder Nicht-Mitreden-Können in einem als dominant oder hegemonial wahrgenommenen Diskurs.

Festzuhalten ist aber auch: So deutlich die Belege für eine diffuse diskursive Verweigerungs- und Solidarisierungshaltung im Osten sind – man schaue sich zum Beispiel die niedrigen Vertriebszahlen überregionaler Zeitungen an – so wenig lassen sich daran jedoch einheitliche Positionen festmachen. Die Grundhaltung des „Solidarischen“ scheint eher unbewusst sowie habituell, denn inhaltlich begründet zu sein.

Es liegt nahe, die wesentliche Ursache für dieses regional typische Generationenverhältnis in den, in der DDR vor 1989, gemachten Erfahrungen zu sehen. Eine weitere Ursache dürfte allerdings in den Erfahrungen während des Systemwandels und im Zuge der deutschen Einheit zu finden sein. Beide Erfahrungssituationen ergänzen sich, wurden in ihren Interdependenzen bislang jedoch nur unzulänglich dargestellt. Versuche hierzu finden sich eher in der Soziologie, Sozialpsychologie und psychoanalytischen Praxis als in der Geschichtswissenschaft.¹² Dies liegt nicht zuletzt an dem Charakter des politischen Epochenumbruchs 1989/90, der ja gleichermaßen auch ein Mentalitäts-, ein Sprachen- und ein Erinnerungsumbruch war.

Die Geschichte der Berliner Institutsgründung exemplifiziert diese Problematik gerade in ihrer Komplexität. Sie kann als ein Beispiel dafür verstanden werden, wie nicht nur institutionell sondern auch personell eine ganze Gattung intellektueller Brücken in die Vergangenheit abgebrochen wurde. Mit dem Verlust dieser Verbindung ging allerdings auch ein Teil der

¹² Vgl. z.B. Dagmar Klose und Mathias Iffert: Zeit- und Menschenläufe im 20. Jahrhundert. Subjektive Orientierung und historischer Sinn, Potsdam 1999.

eigenen Geschichte verloren. Damit ist nicht das Wissen um Fakten gemeint, sondern die Fähigkeit sich über diese in einer Sprache zu verständigen, die selbst Abbild der Transformation ist. Solche Brücken sind heute bestenfalls in der Erinnerung zu rekonstruieren oder in der Literatur zu finden.

Die mangelnde Pflege sowie die Abwicklung ohne Not gerade derjenigen akademischen Institutionen, welche zwischen den Diskursen und Zeiten eine Übersetzung hätten leisten können, wiegt dennoch schwer und lastet auf der intellektuellen Entwicklung in Ostdeutschland. Auch hier steht eine Debatte noch aus.¹³

Schluss:

Die Geringschätzung des intellektuellen Erneuerungswillens in Ostdeutschland – nicht zuletzt auch von Seiten vieler Ostdeutscher – hatte mit Blick auf eine schnelle deutsche Einheit vielleicht gute Gründe. Doch die ungewollten Nebenwirkungen werden das Land – zumindest dessen östlichen Teil – weiter beschäftigen.

So ist es nicht gleichgültig für das Selbstverständnis einer Bevölkerungsgruppe, in welchem biographischen Bezug sie zu den Lehrern der Universitäten stehen, an denen sie einst selbst studierten und wo ihre Kinder heute möglicherweise studieren. Wenn gegenwärtig an etlichen Fachbereichen ostdeutscher Universitäten ca. 80% der Studierenden aus Ostdeutschland stammt und diese von dem gleichen Prozentsatz an Professoren und Führungskräften aus der alten Bundesrepublik unterrichtet werden, dann deutet dies auf ein Ungleichgewicht hin. In jedem anderen demokratischen Land wäre dies wohl Gegenstand breitester soziologischer Untersuchungen und auch sonstiger Debatten.¹⁴ Nicht so in Deutschland. Warum eigentlich nicht? Würde diese Debatte die Vollendung der Einheit gefährden? Oder ist es ihr Fehlen, das der

¹³ Dazu z.B. Mitchell Gordon Ash: Nach dem Mauerfall. Folgen der deutschen Wiedervereinigung für die Wissenschaftsstadt Berlin; in: Weltwissen. 300 Jahre Wissenschaft in Berlin, Berlin 2010. S. 200ff; ders.: „Wie im Westen so auf Erden“? – Die Vereinigung der deutschen Hochschul- und Wissenschaftssysteme als Prozess; in: Wissenschaft und Wiedervereinigung – Bilanz und offenen Fragen, Berlin 2010, S. 45-59, (http://edoc.bbaw.de/volltexte/2010/1314pdf/Dokumentation_Symposium_Wissenschaft_und_Wiedervereinigung.pdf); sowie Arno Hecht: Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration, Leipzig 2002.

¹⁴ Vgl. hierzu Ingrid Mieth: Identität und Dominanzkultur. Vortrag am 9.07.2011, Tagung „3. Generation Ostdeutschland“, Berlin 08.-10.07.2011, am Centrum Hungaricum. (Verfügbar als Audiodokument über www.dritte-generation-ost.de).

Einheit entgegen steht? Wie immer in diesen Dingen, führt auch hier ein einfaches Entweder-Oder nicht weiter¹⁵.

Dem andauernden Elitentransfer von West nach Ost entsprach bislang ein andauernder Bevölkerungstransfer von Ost nach West. Doch es gibt erste Anzeichen, dass sich dieser Trend umzukehren scheint¹⁶. Gerade Vertreter der Wendekindergeneration, die sich zur Ausbildung oder danach in den Westen der Republik – und darüber hinaus – aufmachten, schauen nicht nur zurück in den Osten, sondern sie kommen zunehmend wieder. Auch darin kann man einen Akt der Solidarität erblicken. Hierin drückt sich das Bestreben einer Generation aus, das Geschick nun in die eigenen Hände zu nehmen und zwar an den Orten, die einen mehr angehen als andere. Heimatgefühle sind ähnlich diffus wie das Gefühl des familiären Zusammenhalts, dennoch sind sie real. Das Gefühl der Solidarität mit der Region der eigenen Herkunft, wie es z.B. in der Initiative „3. Generation-Ostdeutschland“¹⁷ zu beobachten ist, stellt zumindest im Osten der Republik ein neue und hoffnungsvolle Erscheinung dar.

Vielleicht steht dem Osten ja wirklich ein neues ´68 bevor. Aber es wird wohl ein ganz anderes sein. In dem anstehenden und sich vielleicht schon vollziehenden Generationenwechsel tritt eine neue, eine „unschuldige Generation“ in Erscheinung, die relativ unbelastet von Krieg, deutscher Teilung sowie von Einheits- und Abwicklungskrise an ihre Aufgaben geht.

Diese zuletzt in der DDR geborene Generation ist zugleich Teil der ersten gesamtdeutschen Generation. In gewisser Weise wird ihr Einrücken in die Verantwortung in Ostdeutschland die Revolution von 1989 vollenden. Diesen Gedanken für das ganze Land und die gesamte Generation weiter gedacht, vollzieht sich in diesem Vorgang nichts anderes als die Vollendung der deutschen Einheit.

In diesem wohl undramatischsten Generationenwechsel der deutschen Geschichte wird die

¹⁵ Zu aktuelleren Statistiken der Anteils Ostdeutscher in Führungs- und Entscheidungsebenen vgl. Süddeutsche Zeitung Magazin Heft 30/2010, Geschlossene Gesellschaft (<http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/34445/2>) oder Kollmorgen u.a.: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Berlin 2011.

¹⁶ Dies wurde bereits früh beobachtet durch Grit Beck: Rückwanderung in die Neuen Länder – Kommentar, Vortrag am 2.11.2006 in Leipzig (<http://mensen-fuer-ostdeutschland.nexusinstitut.de/media/downloads/abschluss/kommentar%20Beck.pdf>)

¹⁷ vgl. www.dritte-generation-ost.de oder Johannes Staemmler: Wir, die stumme Generation, DIE ZEIT 03.02.2012 (www.zeit.de/2011/34/S-Generation-Ost)

Dramatik der letzten 100 Jahre einen vielleicht überraschenden, weil glücklichen Schlusspunkt finden. Auf dieses Ende dürfen wir gemeinsam hoffen, wie wir auf das was danach noch alles kommen wird, gespannt sein dürfen.